



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Bundesgeschäftsstelle

Mallwitzstraße 16
53177 Bonn

Telefon 0049 228 – 85 57-0
Telefax 0049 228 – 34 06 71

E-Mail: info@fvdz.de
Web: www.fvdz.de

Bundesgesundheitsminister
Prof. Dr. Karl Lauterbach
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Berlin, 12. Juli 2022

Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach,

der vorliegende Entwurf eines GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes enthält Regelungen für den vertragszahnärztlichen Bereich, die für uns als niedergelassene Kolleginnen und Kollegen absolut inakzeptabel sind. Der zahnärztliche Anteil an den GKV-Ausgaben ist gesunken – von fast neun Prozent im Jahr 2000 auf aktuell nur noch etwas über sechs Prozent. Dennoch soll die Gesamtvergütung zahnärztlicher Leistungen 2023 und 2024 nur noch in einem Ausmaß steigen dürfen, das deutlich unterhalb der Veränderungsrate der Grundlohnsumme liegt, während der Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte im vergangenen Jahr deutlich ausgeweitet wurde. Es sollen also mehr Leistungen für weniger Honorar erbracht werden.

Sie hatten zuletzt angekündigt, dass es angesichts der steigenden Inflation keinen Spielraum für Budgetierungen gebe. Jetzt sollen zur Entlastung der GKV-Finzen die Honorare der Ärzteschaft reduziert werden. Sie setzen damit die Politik der Missachtung gegenüber den Leistungsträgern der ambulanten Versorgung Ihres Vorgängers fort, der uns in der Corona-Pandemie die kalte Schulter gezeigt hat. Staatliche Unterstützung? Fehlanzeige! Corona-Bonus? Nicht für Zahnärzte!

Steigende Energiekosten, galoppierende Inflation und Fachkräftemangel belasten nicht nur die Krankenhäuser, die Pflegeberufe und den ÖGD, sondern auch die Niedergelassenen. Sie und Ihre Vorgänger verweigern uns seit 34 Jahren eine Anhebung des Punktwertes der Gebührenordnung. Die Wiederbelebung der unsäglichen Budgetierung wird der Versorgung irreparablen Schaden zufügen, denn ältere Kolleginnen und Kollegen werden entnervt

aufgeben – Jüngeren wird die Basis für den Start in das „Abenteuer Selbstständigkeit“ entzogen.

Sehr geehrter Herr Kollege,
Ihrer Vorgängerin Andrea Fischer wird der Ausspruch vom „Haifischbecken Gesundheitswesen“ zugeschrieben. Seither arbeitet die Politik daran, den ärztlichen Interessenvertretungen nahezu „alle Zähne zu ziehen“. Es gab Honorarsenkungen, strikte Budgetierungen, „weiche Budgetierung“ und immer wieder direkte Eingriffe in die Selbstverwaltung – bis hin zum faktischen Koalitionsverbot mittels des „Korbparagraphen“. Das Fass wird eines Tages überlaufen. Lassen Sie es nicht dazu kommen. Nehmen Sie den Gesetzentwurf in dieser Form zurück!

Mit freundlichen Grüßen

Berliner Büro

Auguststraße 28
10117 Berlin

Telefon (030) 24 34 27-0
Telefax (030) 24 34 27-67

TELEFAX (030) 24 34 27-67